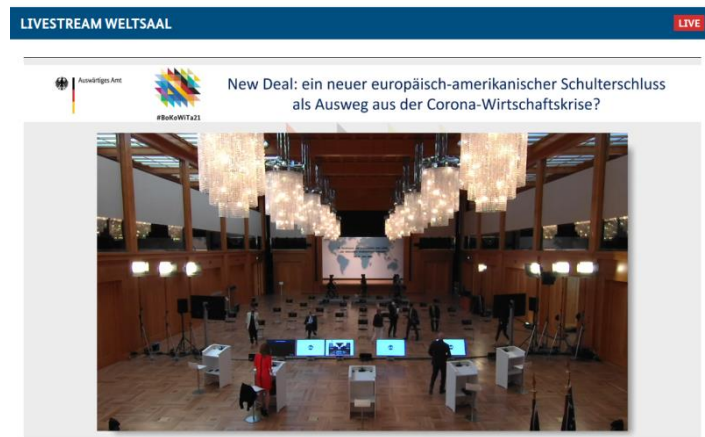


Digitaler Wirtschaftstag der Botschafterkonferenz (BoKo-WiTa) 2021 am 8.6.2021



Screenshot © NAX

Die Covid-19-Pandemie hat das soziale, aber auch das wirtschaftliche Leben global erschüttert. Weltweit mussten sich Unternehmen und Regierungen auf veränderte ökonomische Bedingungen einstellen. Wie sieht die Welt Post-Covid aus? Wie kann die transatlantische Partnerschaft zur wirtschaftlichen Erholung beitragen? Wie kann die europäische Wirtschaft resilienter werden? Diese u.a. Fragen standen im Fokus des Wirtschaftstags der Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Auslandsvertretungen (BoKo-WiTa), der am 8.6.2021 zum ersten Mal vollständig in digitaler Form stattfand. Unter dem **Motto „New Deal – ein neuer europäisch-amerikanischer Schulterschluss als Ausweg aus der Corona-Wirtschaftskrise?“** tauschten sich in diversen Panels Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Auslandsvertretungen mit Gästen aus Wirtschaft und Politik über den nachhaltigen wirtschaftlichen Wiederaufbau, über transatlantische Zusammenarbeit in der Handelspolitik und zum Klimaschutz aus. Weitere Panels widmeten sich Fragen der robusten Wirtschaftsdiplomatie, des verantwortungsvollen Unternehmertums, einer autonomen EU-Handelspolitik, Innovationen sowie den Chancen der neuen panafrikanischen Freihandelszone.

Auch das [Netzwerk Architekturexport NAX](#) war wieder mit dabei, um exportrelevante Themen zu platzieren bzw. sich darüber zu informieren. Nachfolgend ein Kurzbericht.

Zu Beginn des Hauptpanels zum o.g. Thema schilderte Außenminister Heiko Maas die globale Verflechtung am Beispiel von Halbleitern. Dabei räumte er ein, dass diese globalen Verflechtungen auch verwundbar mache. Trotzdem müsse es darum gehen, gemeinsam multilaterale Verantwortung zu übernehmen und im transatlantischen Bündnis gemeinsam des freien Handels und die globale Arbeitsteilung zu verteidigen. Abkopplung und Protektionismus seien keine Antwort.



Bundesaußenminister Heiko Maas, Screenshot © NAX

Was sei also zu tun? Vor allem der enge Schulterschluss mit den USA nach dem Motto „Build back better“ sei wichtig. Streitthemen seien weitgehend beigelegt (Stichwort Nordstream II, Airbus-Boeing-Streit und globalen Mindeststeuer), geplante Abkommen zu KI und Quantencomputing würden zeitnah thematisiert. Für das Auswärtige Amt stünden folgende Themen weit oben auf der Agenda:

- Abhängigkeiten vom indopazifischen Raum verringern.
- EU-Freihandelsagenda als wichtiger Baustein.
- Nur eine souveräne Europäische Union kann ihre eigene Stärke nach außen entfalten und ist ein attraktiver Standort und Handelspartner. Deutschland müsse daher über eigene Schlüsseltechnologien verfügen.

Mittelständler ziehen häufig den Kürzeren im Ausland. Hier sollten gemeinsam Lösungen entwickelt werden, so z.B. Plattformen, Kooperationen zwischen Großunternehmen, KMU und Start-ups. Der Bund und die EU müssten Rahmenbedingungen schaffen und auf Innovation setzen. Denn wer Innovation kann, der kann auch Krise!

Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission konstatiert in einem kurzen Statement, dass ein neuer Stil in der US-Politik herrsche. Die Chancen der Handelspolitik würden häufig übersehen. Mehr gemeinsame Anstrengungen der EU-Mitgliedsländer seien notwendig. Dabei solle der Fokus auf Offenheit, Nachhaltigkeit und Durchsetzungsvermögen liegen.

Adam Posen, Präsident des Petersen Institut for International Economics gibt eine eher pessimistische Prognose ab, was den Schulterchluss zwischen den USA und Europa angeht. Die USA sei eine gesplante Gesellschaft. Die Biden-Regierung setze zwar auf Multilateralismus, sei aber nationalistisch in der Politik z.B. gegenüber China, auch nach Trump. Ökonomen erwarten ein starkes Wirtschaftswachstum in den USA. Von Freihandel zwischen der EU und USA könne daher Europa profitieren und es sei wichtig, um gegenüber China geschlossen auftreten zu können.

Deutschen Unternehmen müsste aber bewusst sein, dass die deutsche Wirtschaftspolitik nicht sehr beliebt in den USA sei. Es gäbe einige Risiken: Das was der deutschen Wirtschaft gegenüber dem Iran passiert sei (von den USA erzwungene Exportbeschränkungen), könnte auch gegenüber China passieren (Sanktionen seitens der USA). Er rechne leider mit steigenden Spannungen zwischen den USA und China. Die EU brauche ein Mindestmaß an Souveränität und Selbstbewusstsein, um nicht zum Spielball der großen Länder zu werden.

Im Anschluss diskutierten die Teilnehmer mit **Sabine Bendiek, Personalvorstand SAP**, und **Anna Maria Braun, B. Braun SE**. Diese beiden Unternehmensvertreterinnen stellten fest, dass Klimakrise, Nachhaltigkeit und Digitalisierung wieder in den Vordergrund träten, wo Corona langsam wieder abklingt. Noch unklar sei es aus Sicht von SAP, wie sich das lang andauernde Homeoffice auf die Mitarbeiter auswirkt. Maria Braun berichtete, dass sich aus Sicht eines Medizinprodukteherstellers internationale Lieferketten nicht zurückdrehen ließen und die EU nicht in ein autarkes System zurückgeführt werden könne.

Einig war sich die Diskussionsrunde, dass es darauf ankomme, die Schlüsseltechnologien voranzutreiben. Die USA seien laut Heiko Maas Wertepartner von Deutschland und der EU und allein deshalb wichtiger Partner bei multilateralen Verhandlungen.

NAX war des Weiteren in Panels zu den folgenden Themen präsent; daraus nachfolgend kurz zusammengefasst:

Panel „Fairness als Wettbewerbsvorteil! Verantwortungsvolles Unternehmertum weltweit“: Vertreterinnen der EU-Kommission, der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GI) und der Firma Tchibo diskutierten mit dem deutschen Botschafter in Peking, Dr. Clemens von Goetze über faires und verantwortungsbewusstes Unternehmertum, das einen Wettbewerbsvorteil darstellen könne. Im globalen Kontext sei dieser aktuell jedoch noch nicht wahrnehmbar, da es in vielen Ländern und Regionen nach wie vor katastrophale Arbeitsbedingungen und Ausbeutung gäbe. Hier könnten – auch im Zuge der internationalen Klimadiskussionen – in Deutschland und Europa aber Standards geschaffen werden, die mittel-/langfristig auch international einen Wettbewerbsvorteil darstellen könnten und sollten. In Deutschland seien besonders Familienunternehmen hier Vorreiter, die z.T.

schon seit langer Zeit einen faireren und verantwortungsvolleren Umgang mit Human Resources pflegten.

Panel „Europäischer Weg in der Handelspolitik? Erwartungen an "open strategic autonomy": Sabine Weynand, Generaldirektorin Handel, EU Kommission, stellt heraus, dass ein neuer Konsens in der Handelspolitik gesucht werde. Der Begriff der Strategischen Autonomie würde auf die Wirtschaft übertragen. Jedoch sei Open Strategic Autonomy nicht zu verwechseln mit Autarkie, die in einer arbeitsteiligen Welt nicht erreicht werden kann. Kein Protektionismus oder „buy German“, sondern Diversifizierung. Nicht alles auf eine Weltregion setzen, sondern Offenheit gekoppelt mit der Möglichkeit, autonom zu handeln.

Staatsminister Niels Annen vom Auswärtigen Amt verweist auf die Erfolge der Bundesregierung, die eine gute Ausgangsposition seien, um auch für die neue Bundesregierung ab Herbst mit den USA auch in schwierigen Zeiten im Dialog zu bleiben.

Dr. Stormy-Annika Mildner, Aspen Institute Germany, ging der Frage nach, wie Handel aussehen müsse, um einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten zu können. Handelspolitik in den USA sei seit Joe Biden sowohl eine „America First“-Politik *light* in Nachfolge der Trump Administration, aber auch ein Hinwenden zum Multilateralismus mit einem Interesse an Europa als starkem Partner. Joe Biden glaube an den Handel und internationale Wertschöpfungsketten als Beitrag für den Wohlstand. Auch Klimaschutz sei wieder wichtig. Gleichwohl sei es für die Biden-Administration schwierig, Zölle (z.B. auf Stahl) zurückzunehmen. Auch würden die Interessen der USA sehr hart vertreten.

Jörg Wuttke, Europäische Handelskammer China, berichtet aus China, dass die chinesische Außenpolitik eine Fortsetzung der Innenpolitik sei, also sich als „sehr robust“ bezeichnen ließe. Die offene, auslandsorientierte chinesische Wirtschaftselite gerate in China zunehmend unter Druck durch die Regierung. Am Beispiel Erickson und H&M würde in China derzeit vorgeführt, mit welchen Konsequenzen kritische (ausländische) Unternehmen zu kämpfen hätten. Hier benötigen die europäischen Firmen einen gewissen Schutz. Generell bestünde in China die Gefahr, von chinesischen Staatsunternehmen vorgeführt zu werden.

Berlin, 10.6.2021
ST/CS